

Der gesetzliche Auftrag nach Kreislaufwirtschaftsgesetz

Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen

§ 20 Pflichten der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger

(2) Die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger sind verpflichtet, folgende in ihrem Gebiet in privaten Haushaltungen angefallenen und überlassenen Abfälle getrennt zu sammeln:

5. **Glas**; § 9 Absatz 1 und 3 Nummer 3 und 4 sowie Absatz 4 gilt entsprechend,

6. **Textilabfälle**; § 9 gilt entsprechend,

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE

Bürgernahe, fußläufige Erreichbarkeit von Glascontainer verbessern

Die **Abfallentsorgung** ist neben der Abwasserentsorgung, Wasserversorgung und dem Öffentlichen Personennahverkehr **eines der Kernelemente der öffentlichen Daseinsvorsorge**. Sie gehört zu den lebensnotwendigen Dingen, die für die **wohnortnahe Grundversorgung der Bevölkerung** von Bedeutung sind. Abgesehen von Containern für Papier-, Bio- und Hausmüll, **nehmen Altglas-Container eine wichtige Rolle ein**. Bremen sowie die anderen Bundesländer und die Bundesebene verfolgen das Ziel, Plastikabfälle

Aus Gründen der wohnortnahen Daseinsvorsorgung und aus ökologischen Beweggründen ist eine fußläufige Erreichbarkeit von Glascontainern sinnvoll. Bremen bietet in Relation zu anderen vergleichbaren Großstädten wie Dresden, Essen und Dortmund weniger Altglascontainerstandorte, aber mehr aufgestellte Altglascontainer an. In Bremen gibt es 372 dieser Containerstandorte, allerdings mit 1.069 Altglascontainern, wohingegen es in Dresden 640 sind, in Essen 543, in Leipzig 445 und in Dortmund 580. Kommen in den drei letztgenannten Städten etwa ein Containerstandort auf 1.000 Einwohner, sind es in Bremen nur knapp 0,65 und somit zwei Drittel. Ein vorbildliches Angebot in Bremen ist die flächenhafte Versorgung mit Recyclinghöfen, wie man es aus wenigen vergleichbaren Kommunen kennt.

Der politische Auftrag

Beschlussempfehlung:

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. gemeinsam mit den Trägern öffentlicher Belange und insbesondere der Beiräte Standorte zur besseren, wohnortnahen Versorgung mit Altglascontainern zu identifizieren, mit denen aktuelle Lücken in der Versorgung geschlossen werden können.

Wohnortnahe Grundversorgung

